

Umverteilung

Einkommensarmut gedrittelt

Anders als die öffentliche Diskussion manchmal vermuten lässt, erfüllt der Sozialstaat in Deutschland nach wie vor seine Aufgaben. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt vor allem, dass massiv von oben nach unten umverteilt wird. So erhielten jene 30 Prozent der Bundesbürger mit den niedrigsten am Markt erwirtschafteten Einkommen im Jahr 2003 jeden Monat im Schnitt 900 Euro mehr vom Staat, als sie an Abgaben für das Gemeinwesen leisteten. Die zum bestverdienenden Zehntel zu rechnenden Bürger zahlten dagegen per saldo 2.300 Euro in die öffentlichen Kassen ein. In Prozenten ausgedrückt: Während die obersten 10 Prozent unterm Strich 42 Prozent ihres Einkommens an den Fiskus und die Sozialversicherungen abführten, gab der Staat den Angehörigen des vorletzten Einkommenszehntels fast das Sechsfache dessen dazu, was sie aus eigener Kraft erwirtschafteten. Zusammen mit den auf privater Ebene geleisteten Transfers – etwa durch familiäre Unterhaltszahlungen – bekämpft die staatliche Sozialpolitik wirksam die Armut: Gemessen am aus eigener Kraft erzielten Markteinkommen lägen rund 35 Prozent der Deutschen unterhalb der relativen Armutsgrenze von 60 Prozent des mittleren Einkommens. Die staatliche und private Umverteilung führt jedoch dazu, dass gerade mal 11 Prozent der Bundesbürger gemessen an ihrem verfügbaren Einkommen als arm einzustufen sind.

Christoph Schröder: Umverteilung und Einkommensarmut in Deutschland, in: IW-Trends 1/2009, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln

Gesprächspartner im IW: **Christoph Schröder, Telefon: 0221 4981-773**

Umverteilung

Der soziale Ausgleich klappt

In der öffentlichen Diskussion klingt es manchmal so, als sei Deutschland weiter denn je davon entfernt, sich Sozialstaat nennen zu dürfen. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt jedoch, dass die Gesellschaft den am schlechtesten Gestellten kräftig unter die Arme greift – und dass es vor allem die Gutverdiener sind, die die soziale Sicherung stemmen.*)

Die Unterschriften unter den Bundesmilliarden für malade Banken und die ersten Konjunkturpakete sind kaum trocken, da werden schon wieder Forderungen nach der korrigierenden Hand des Gesetzgebers laut. Diesmal geht es darum, wie die Lasten der Finanzierung zu verteilen sind. Viele Menschen meinen, der Staat müsse grundsätzlich viel stärker zwischen Arm und Reich ausgleichen.

Die Diskussion ist gespickt von Klischees. So heißt es etwa, die Reichen würden sich an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben kaum beteiligen. Die Mittelschicht dagegen habe nichts von den staatlichen Geldgeschenken, weil sie so stark mit Steuern belastet sei, dass bei ihr letztlich nur eine Umverteilung von der rechten in die linke Tasche stattfindet. Und bei den Bedürftigen würde die Unterstützung sowieso ständig weiter gekürzt.

Ob die Finanzierung des Sozialstaats tatsächlich so im Argen liegt, wie ange-

sichts der Vorwürfe zu vermuten ist, untersucht das IW Köln in einem umfassend angelegten Forschungsprojekt, dessen erste Ergebnisse bereits Entwarnung gaben (vgl. iwd 46/2007 und 39/2008). Inzwischen ist die Spezialauswertung der aktuellen – leider bereits aus dem Jahr 2003 datierenden – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts noch weiter fortgeschritten: Sämtliche Pro-Kopf-Größen wurden auf den Bedarf von Singles hochgerechnet, um sie vergleichbar zu machen. Anschließend wurden die so ermittelten Einkommen gereiht und in zehn gleich große Gruppen eingeteilt. Anhand dieser Sortierung lässt sich feststellen, welche Verdienstklasse wie viel zur Finanzierung des Sozialstaats beisteuert, welche öffentlichen Transferleistungen sie erhält und wie viele Bundesbürger nach dem sozialen Ausgleich tatsächlich noch als arm zu bezeichnen sind. Die Ergebnisse:

Der Staat verteilt massiv von oben nach unten um. Jene 30 Prozent der Bundesbürger mit den niedrigsten am Markt erwirtschafteten Einkommen erhielten im Jahr 2003 jeden Monat im Schnitt 900 Euro mehr vom Staat, als sie an Abgaben für das Gemeinwesen leisteten. Die zum bestverdienenden Zehntel Zählenden bekamen zwar ebenfalls etwas – nämlich durchschnittlich 100 Euro pro Monat. Sie zahlten dafür aber auch 2.400 Euro in die öffentlichen Kassen ein (Grafik). Prozentual werden die Verhältnisse noch deutlicher:

Während die obersten 10 Prozent unterm Strich 42 Prozent ihres Einkommens an den Fiskus und die Sozialversicherungen abführten, gab der Staat den Angehörigen des vorletzten Einkommenszehntels fast das Sechsfache dessen dazu, was sie aus eigener Kraft erwirtschafteten.

In die Pflicht genommen sind aber nicht nur die Topverdiener. Vom fünften Einkommenszehntel an aufwärts, also ab einem durchschnittlichen Verdienst von 1.500 Euro (brutto einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen), zahlen die Bundesbürger mehr in die öffentlichen Systeme ein, als sie herausbekommen – Sachleistungen beispielsweise der Krankenkassen außen vor gelassen.

Die prozentuale Belastung ist anfangs recht niedrig, wächst allerdings mit steigendem Einkommen spürbar. Der Staat nimmt der Mittelschicht also nicht nur das Geld ab, das er ihr auf Umwegen zurückerstattet, sondern jeder Normalverdiener leistet seinen unverzichtbaren Beitrag zur Finanzierung des sozialen Netzes und zur Versorgung mit öffentlichen Gütern.

Ein Teil des sozialen Ausgleichs erfolgt auf privater Ebene. Innerhalb von Familien werden Unterhaltszahlungen geleistet, Freunde oder Verwandte machen sich Geschenke und

Staatliche Umverteilung: Hohe Einkommen tragen Hauptlast

Lesebeispiel: Das Zehntel der Bundesbürger mit dem zweitniedrigsten durchschnittlichen Markteinkommen erhielt 2003 jeden Monat 1.270 Euro an staatlichen Geldtransfers und zahlte Abgaben von 299 Euro.

	Markteinkommen	Staatliche Geldtransfers	Abgaben	Saldo aus Geldtransfers und Abgaben
pro Monat in Euro				
1.	-8	1.170	262	907
2.	169	1.270	299	971
3.	506	1.211	324	887
4.	1.026	664	417	247
5.	1.501	371	577	-205
6.	1.883	303	747	-444
7.	2.286	227	921	-695
8.	2.771	191	1.163	-973
9.	3.475	153	1.504	-1.351
10.	5.350	109	2.377	-2.269

Alle Angaben äquivalenzgewichtet, das heißt auf den Bedarf eines Singles umgerechnet; Markteinkommen: aus Erwerbstätigkeit, Vermögen, Vermietung und Verpachtung einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, für Beamte einschließlich unterstellter Beiträge, im 1. Zehntel führen Verluste von Selbstständigen zu einem negativen Markteinkommen; staatliche Geldtransfers: z.B. Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Kindergeld und gesetzliche Renten einschließlich Zahlungen alternativer Versorgungseinrichtungen wie berufsständischer Versorgungswerke, ohne Sachleistungen; Abgaben: Einkommenssteuer, Solidaritätszuschlag und Sozialversicherungsbeiträge, für Nichtmitglieder gesetzlicher Versicherungen unterstellte Beiträge
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

*) Vgl. Christoph Schröder: Umverteilung und Einkommensarmut in Deutschland, in: IW-Trends 1/2009, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln

manche beziehen Beihilfen von nicht-staatlichen Organisationen wie der Kirche. Außerdem sorgen viele Menschen für sich selbst vor, indem sie eine sogenannte intertemporale Umverteilung betreiben: Sie zahlen Geld in private Rentenversicherungen und Bausparverträge ein, von deren Rückzahlungen sie später zehren.

Beide Spielarten des privat organisierten Ausgleichs – dem zwischen guten und schlechten Zeiten sowie dem zwischen Besser- und Schlechtergestellten – verhindern, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich allzu weit öffnet. Der Effekt ist nicht so stark wie bei der staatlichen Umverteilung, aber er ist auch nicht vernachlässigbar (Grafik):

Das gemäß seinem Nettoeinkommen – also nach staatlichen Abgaben und Transfers – ärmste Zehntel der Bevölkerung erhielt 2003 auf privatem Wege ein monatliches Zubrot von durchschnittlich 163 Euro pro Kopf und hatte dadurch immerhin ein gutes Viertel mehr zum Leben.

Das einkommensstärkste Zehntel gab im Mittel fast 350 Euro ab und reduzierte dadurch sein verfügbares Einkommen um 10 Prozent. Das meiste wurde für die Zukunft auf die hohe Kante gelegt. In besonderem Maße zugute kommen die privat in die Hand genommenen finanziellen Umschichtungen den Studenten. Durchschnittlich stellt sich jeder von ihnen durch die Zuschüsse der Eltern und Stipendien um 326 Euro besser. Staatliche Unterstützungsleistungen wie Bafög bringen dagegen lediglich ein Plus von 170 Euro gegenüber der Ausgangslage – nämlich der Selbstfinanzierung, die meist via Nebenjob erfolgt.

Nicht zuletzt die Überweisungen an die Studenten tragen dazu bei, dass das einkommensschwächste Zehntel der Deutschen nach der privaten Umverteilung deutlich besser dasteht als ohne sie: Berücksichtigt man nur die mit den Abgaben verrechneten staatlichen Transfers, bringt es das ärmste Zehntel gerade auf einen Anteil von 3,7 Prozent am Gesamteinkommen. Nach der privaten Umverteilung sind es immerhin 4,1 Prozent.

Staatliche und private Umverteilungsmaßnahmen bekämpfen wirksam die Armut. Sowohl die staatlichen

Private Umverteilung: Der Staat hilft nicht allein

Lesebeispiel: Das Zehntel der Bundesbürger mit dem zweitniedrigsten durchschnittlichen Nettoeinkommen erhielt im Jahr 2003 unterm Strich jeden Monat 47 Euro durch privat organisierte Umverteilung, beispielsweise durch die Unterstützung der Familie oder Betriebsrenten.

	Nettoeinkommen	Nichtstaatliche Transfers	Intertemporale Transfers	Private Umverteilung insgesamt	
pro Monat in Euro					
1.	591	157	6		163
2.	910	59	-12		47
3.	1.090	42	-37		5
4.	1.240	43	-57	-14	
5.	1.386	34	-77	-43	
6.	1.539	27	-101	-75	
7.	1.713	27	-114	-87	
8.	1.938	19	-146	-127	
9.	2.280	18	-185	-167	
10.	3.350	-31	-318	-349	

Alle Angaben äquivalenzgewichtet, das heißt auf den Bedarf eines Singles umgerechnet; Nettoeinkommen: Markteinkommen nach staatlicher Umverteilung; nichtstaatliche Transfers: erhaltene Geldgeschenke und Unterhaltszahlungen, Streikunterstützungen, Beihilfen von Kirchen und anderen Organisationen sowie Unterstützungen von anderen Haushalten für freies Wohnen abzüglich geleisteter Unterhaltszahlungen sowie Lohn- und Gehaltspfändungen; intertemporale Transfers: betriebliche Zusatzrenten und Renten aus privaten Lebensversicherungen abzüglich Beiträgen für Bausparverträge und für private Lebens- und Rentenversicherungen sowie Tilgungen von Baudarlehen
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

als auch die privaten Leistungen kommen überwiegend den unteren Einkommenschichten zugute und werden von den oberen finanziert. Gäbe es diese Form von Ausgleich nicht, müsste man sich in der Tat Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft machen. Denn gemessen am aus eigener Kraft erzielten Markteinkommen läge ein gutes Drittel der Deutschen unterhalb der Schwelle zur relativen Armut (Grafik). Diese Gren-

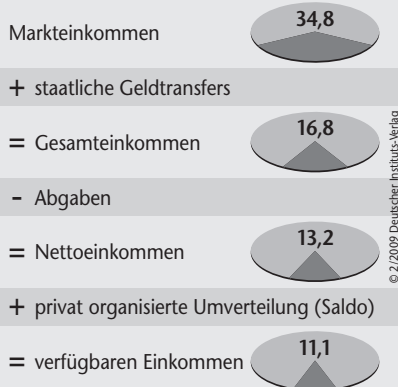
ze, ab der jemand zumindest als armutsgefährdet gilt, liegt bei 60 Prozent des mittleren Einkommens. Allein der Sozialstaat schafft es schon, ein knappes Fünftel der Bundesbürger aus der Gefährdungszone herauszuholen – und das, obwohl die öffentlichen Hilfsleistungen den Einkommensmedian und damit den Armutsschwellenwert nach oben verschieben.

Berücksichtigt man zusätzlich, dass die Besserverdienenden kräftig für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zur Kasse gebeten werden, sinkt die Armutsgrenze allerdings wieder. Da die sozial Schwachen kaum Abgabenlasten zu tragen haben, liegt die Armutsquote in Bezug auf das Nettoeinkommen nur noch bei rund 13 Prozent.

Die privat gestemte Umverteilung führt zu guter Letzt dazu, dass gerade mal jeder neunte Bundesbürger gemessen an seinem verfügbaren Einkommen als arm einzustufen ist. Besonders wichtig ist diese private, vor allem innerfamiliäre Solidarität für Studenten. Gäbe es sie nicht, würden 87 Prozent des Akademikernachwuchses in relativer Armut leben. Tatsächlich sind es aber nur 58 Prozent. Für die Betroffenen ist das zwar kein Zuckerschlecken, gesellschaftlich aber eine zu verkraftende Dimension – zumal das Studentendasein nach überschaubarer Zeit endet und anschließend in aller Regel ein zumindest ordentlicher Verdienst wartet.

Umverteilung: Wirksam gegen Einkommensarmut

So viel Prozent der Bundesbürger lagen im Jahr 2003 mit ihrem ... unterhalb der Grenze zur relativen Einkommensarmut



Einkommensarmut: Äquivalenzeinkommen (auf den Bedarf eines Singles umgerechnet) von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Einkommensabgrenzung; Markteinkommen: aus Erwerbstätigkeit, Vermögen, Vermietung und Verpachtung einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, für Beamte einschließlich unterstellter Beiträge
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln